

## Leitantrag

Antrag L 02

Votum des LPT mit Änderungen einstimmig angenommen

### 1 Kommune 2030. Den Wandel in den ländlichen Regionen gestalten.

2 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen den demografischen Wandel als  
3 Herausforderung und Chance zugleich. Um die Aufgaben der Daseinsvorsorge im ländlichen  
4 Raum auch in Zukunft noch erfüllen zu können, brauchen wir einen Paradigmenwechsel.  
5 Wir müssen Schrumpfung als Chance verstehen. Nur so wird es uns gelingen, die  
6 Lebensqualität vor Ort zu erhalten und die Grundversorgung zu sichern.

7  
8 Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen wohnt im ländlichen Raum. Wir  
9 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Ideen, wie auch in Zukunft der ländliche  
10 Raum attraktiv und lebenswert bleibt. Wir koppeln ihn nicht ab. Denn der ländliche Raum  
11 gehört zu Sachsen dazu. Die Bevölkerungsentwicklung in den städtischen Metropolregionen  
12 verläuft dagegen oft gegenläufig, die Herausforderung sind dort andere und bedürfen  
13 anderer Konzepte und Maßnahmen.

14  
15 Der demografische Wandel hat Sachsen voll im Griff. Dabei sind es vor allem drei Aspekte,  
16 die den demografischen Wandel in Sachsen prägen: 1. Die Bürgerinnen und Bürger in  
17 Sachsen werden weniger, da weniger Kinder geboren werden als alte Menschen sterben.  
18 Hinzu kommt, dass mehr Menschen aus Sachsen abwandern als zuwandern. 2. Die  
19 Bürgerinnen und Bürger in Sachsen werden älter. Da weniger Kinder geboren werden,  
20 während gleichzeitig die durchschnittliche Lebenserwartung steigt, verschieben sich die  
21 Altersstrukturen. Die Folge ist eine alternde Gesellschaft mit einem hohen Anteil von alten  
22 und sehr alten Menschen. 3. Sachsen ist räumlich und zeitlich ungleich von dieser  
23 Entwicklung betroffen. Es ist zwar ein einheitliches Grundmuster des demografischen  
24 Wandels zu erkennen, die Prozesse können jedoch lokal höchst unterschiedlich verlaufen  
25 und sich z.B. für einzelne ländliche Siedlungstypen unterschiedliche Wanderungsmuster  
26 abzeichnen.

27  
28 Die Folgen des demografischen Wandels sind schon heute sichtbar. In vielen Gemeinden des  
29 ländlichen Raums gibt es einen hohen Leerstand an Wohnungen, Häusern und  
30 Gewerbeimmobilien. Es kommt zu einer Ausdünnung und Gefährdung der Nahversorgung,  
31 der technischen sowie der sozialen Infrastruktur. Zusätzlich hat die schwarzgelbe  
32 Staatsregierung bei der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mehr  
33 als 130 Millionen Euro gekürzt und damit die Mobilität und Erreichbarkeit im ländlichen  
34 Raum rapide verschlechtert. Schließlich bedeutet ein Rückgang der Bevölkerung, dass auch  
35 die finanziellen Spielräume der Gemeinden enger werden.

36

## Leitantrag

Antrag                      L 02

37     Trotzdem ist der demografische Wandel keine Einbahnstraße. Anders als die schwarzgelbe  
38     Staatsregierung sind wir der Ansicht, dass der demografische Wandel viele Chancen bietet,  
39     die wir gemeinsam nutzen können. Anders als die schwarzgelbe Staatsregierung bereiten  
40     wir das Land nicht auf seine Schließung vor, sondern wir wollen dafür sorgen, dass die  
41     Aufgaben der Daseinsvorsorge weiterhin gesichert sind. Anders als die schwarzgelbe  
42     Staatsregierung koppeln wir den ländlichen Raum nicht von den Metropolen ab, sondern  
43     wir wollen einen gut ausgebauten und attraktiven ÖPNV, damit alle Menschen in Sachsen  
44     mobil sein können. Anders als die schwarzgelbe Staatsregierung zwingen wir keine  
45     Gemeinden zu weiteren Zusammenschlüssen. Wir wollen stattdessen mehr  
46     Handlungsfreiheit für die Kommunen. Denn trotz vieler gleichartiger Probleme brauchen  
47     wir individuelle Lösungen vor Ort.

48  
49     Um die sächsischen Gemeinden fit für die Zukunft zu machen und dem demografischen  
50     Wandel wirkungsvoll zu begegnen, brauchen wir ein ganzes Bündel von Initiativen, die  
51     miteinander verzahnt werden müssen. Denn der demografische Wandel ist ein komplexer  
52     Prozess. Acht Handlungsfelder sind uns dabei besonders wichtig.

### 53 54     **1. Jung und schlau: Kinder – Jugend – Bildung**

55     Die Kürzungen der schwarzgelben Staatsregierung haben die Substanz einer  
56     flächendeckenden Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen existenzbedrohend angegriffen. Vor  
57     allem Kinder und Jugendliche sind aber auf eine intakte kommunale Infrastruktur  
58     angewiesen.

59  
60     Wir sind der Ansicht, dass nur durch ein vielfältiges Angebot für Kinder und Familien dem  
61     Bevölkerungsrückgang wirkungsvoll entgegen getreten werden kann. Wir machen uns für  
62     eine kinderfreundliche Dorferneuerung durch Kinderbeteiligung stark.

63     Deshalb fordern wir:

- 64         • eine Stabilisierung der Zahl der Schüler/innen durch Verbindung und
- 65             Zusammenlegung verschiedener schulischer Bildungsgänge
- 66         • eine Absenkung der Mindestzahl der Schüler/innen zum Erhalt kleinerer
- 67             Schulstandorte
- 68         • eine Etablierung von mehr Schulen in den ländlichen Räumen
- 69         • ein längeres gemeinsames Lernen

### 70 71     **2. Gesund und fit: Medizinische Versorgung und Pflege**

72     Die Alterung der Bevölkerung lässt den Bedarf an Gesundheitsversorgung weiter ansteigen.  
73     Vor allem vor dem Hintergrund wegbrechender Betreuungsnetzwerke besteht ein neuer  
74     Bedarf an spezifischen Formen der lokalen Betreuung von Seniorinnen und Senioren.

75     Deshalb werden wir:

- 76         • die Niederlassungsbereitschaft für Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum
- 77             verbessern.
- 78         • den Ausbau von mobilen Angeboten der medizinischen Grundversorgung fördern.

## Leitantrag

Antrag L 02

- 79
- für die Betreuung älterer Mitmenschen Tagesmüttersysteme und
- 80 Pflegewohngruppen fördern. Diese kommen auch behinderten Menschen zu Gute.

81

### 82 3. Bunt und phantasievoll: Kultur- und Kreativwirtschaft

83 Viele Städte und Gemeinden stehen vor der Frage, was mit brach liegenden  
84 Industrieanlagen geschehen soll. Oftmals führten und führen landesweite  
85 Förderprogramme zu Fehlanreizen und schließlich zum Abriss der Gebäude. Der Erhalt und  
86 die Umnutzung solcher Gebäude können jedoch bewirken, dass solche Orte zu  
87 Anziehungspunkten für die Kultur- und Kreativwirtschaft gerade in ländlichen Regionen  
88 werden können.

89 Deshalb werden wir:

- 90 • die Kultur- und Kreativwirtschaft gerade in ländlichen Regionen fördern.
- 91 • eine/n zentrale/n Ansprechpartner/in auf Landesebene bzw. eine Landesagentur für  
92 die Belange der Kultur- und Kreativwirtschaft einrichten.
- 93 • die Kulturraumförderung dauerhaft auf sichere Füße stellen.
- 94 • die Rahmenbedingungen für ein abgestimmtes und kooperatives Bibliothekswesen  
95 schaffen.
- 96 • Netzworkebildung von Freiberuflerinnen und Freiberuflern stärken und die Nutzung  
97 von Industriebrachen erleichtern.

98

### 99 4. Stark und fair: Wirtschaft – Arbeit – Tourismus - Landwirtschaft

100 Nach 1990 sind mit dem Wegbrechen lokaler und regionaler Wirtschaftsstrukturen viele  
101 Arbeitsplätze in Sachsen verlorengegangen. Die damals einsetzende wirtschaftliche  
102 Strukturschwäche markierte den Beginn der bis heute anhaltenden Schrumpfungsprozesse.  
103 Um diesen Prozess zu stoppen und umzukehren, brauchen wir eine Wirtschaftsförderung,  
104 die konsequent auf regionale Wertschöpfungsketten sowie auf den Ausbau der  
105 Informations- und Kommunikationsstruktur ausgerichtet ist.

106 Deshalb fordern wir:

- 107 • eine Stärkung des Genossenschaftsgedankens, gemäß dem Motto „Aus der Region –  
108 für die Region“.
- 109 • eine Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit von Gemeinden und Kreisen in  
110 den Bereichen des Gesundheitswesens und der Tourismuswirtschaft durch gezielte  
111 Fördermaßnahmen.
- 112 • die Einführung von Regionalbudgets und Regionalfonds für eine zielgerichtete  
113 Unterstützung des heimischen Mittelstands.
- 114 • den Landwirtschaftsbetrieben zu helfen, ein ausreichendes Einkommen zu  
115 erwirtschaften und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Die  
116 weitere Entwicklung des ökologischen Landbaus in Sachsen werden wir  
117 voranbringen.

118

### 119 5. Dezentral und ökologisch: Technische Infrastruktur und Energiewende

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
| SPD Landesverband Sachsen<br>außerordentlicher Landesparteitag | 12. Oktober 2013<br>Annaberg-Buchholz |
| <b>Leitantrag</b>  |                                       |
| Antrag   | L 02                                  |

- 120 Die technische Infrastruktur bildet das Rückgrat der Daseinsvorsorge, gerade in ländlichen  
121 Regionen. Ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist die  
122 Abwasserbeseitigung. Hinzu kommt, dass es im ländlichen Raum immer mehr Gemeinden  
123 und Dörfer gibt, die unter Nutzung von Sonne, Wind und Biomasse selbst zu  
124 Energieproduzenten werden. Die Energiewende auf dem Land ist bereits in vollem Gange.  
125 Dies wollen wir unterstützen.
- 126 Deshalb werden wir:
- 127 • die dezentrale Energieerzeugung aus regenerativen Energiequellen fördern, z.B.  
128 durch den Abbau bürokratischer Hürden für Bürger/innen-Windparks und  
129 Bürger/innen-Solaranlagen.
  - 130 • neue Formen der Eigentumsbeteiligung fördern, um z.B. den Rückkauf von  
131 Leitungsnetzen durch Kommunen nach Auslauf von Konzessionsverträgen  
132 erleichtern.
  - 133 • den Einsatz dezentraler Klärtechnik und die Nutzung dezentraler Wasserkreisläufe  
134 voranbringen und dabei die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an einbeziehen, um  
135 regionalspezifische Lösungen zur Abwasserbeseitigung zu finden.
  - 136 • den Ausbau von Breitbandinternetverbindungen in ländlichen Regionen forcieren.
- 137
- 138 **6. Hin und weg: Mobilität im ländlichen Raum**
- 139 Dort, wo im ländlichen Raum lokale Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge  
140 wegbrechen, ist ein gut ausgebautes Mobilitätsangebot für die Menschen besonders  
141 wichtig. Trotzdem hat die schwarzgelbe Regierung die Zuschüsse für den ÖPNV um mehr als  
142 130 Millionen Euro gekürzt. Auch die Schüler/innen-Beförderung ist chronisch  
143 unterfinanziert. Dies führt zu längeren Fahrzeiten für die Kinder und steigenden  
144 Elternbeiträgen. Wir wissen aber, dass ein gut ausgebauter ÖPNV gerade im ländlichen  
145 Raum unverzichtbar ist, insbesondere wenn man bedenkt, dass durch die zunehmende  
146 Alterung der Gesellschaft nicht mehr jede/r mit dem eigenen Auto wird fahren können oder  
147 wollen.
- 148 Deshalb werden wir:
- 149 • den ÖPNV ausbauen und durch eine bessere Finanzierung zukunftssicher machen.  
150 Dafür müssen mindestens 90 Prozent der Regionalisierungsmittel für den Betrieb  
151 des SPNV/ÖPNV an die Aufgabenträger weitergereicht werden, der ÖPNV-Anteil der  
152 Entflechtungsmittel auf mindestens 25 Prozent gesteigert und dessen  
153 Zweckbindung festgeschrieben werden.
  - 154 • regionale ÖPNV-Angebote durch bedarfsgerechte Bedienformen wie z.B. Anrufbusse,  
155 Anrufsammeltaxis oder Bürger/innen-Busse ergänzen.
  - 156 • die Mittel für den Bau von Radverkehrsinfrastruktur auf jährlich 5 Millionen Euro  
157 anheben und Mobilitätsstützpunkte einrichten, bei denen einfach und problemlos  
158 zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln gewechselt werden kann.
  - 159 • dafür sorgen, dass beim Straßenbau der Grundsatz gilt: Erhalt geht vor Neubau.

|  |                                       |
|--|---------------------------------------|
| SPD Landesverband Sachsen<br>außerordentlicher Landesparteitag | 12. Oktober 2013<br>Annaberg-Buchholz |
| <b>Leitantrag</b>  |                                       |
| Antrag   | L 02                                  |

- 160           • eine für die Eltern und Kinder kostenfreie Schüler/innen-Beförderung durch  
161 Landesmittel gewährleisten. Denn der Schulbesuch darf nicht vom Geldbeutel der  
162 Eltern abhängig sein.

163  
164 **7. Schnell und sicher: Innere Sicherheit**

165 Einsatzbereite Feuerwehren, funktionierende Rettungsdienste und eine flächendeckende  
166 Polizeipräsenz im ländlichen Raum gehören ebenso zur Daseinsvorsorge wie die technische  
167 Infrastruktur und die Verkehrswege. Deshalb dürfen Polizeistrukturen sich nicht an der  
168 aktuellen Kassenlage orientieren, sondern an den zu leistenden Aufgaben. Gleiches gilt für  
169 Feuerwehren und Rettungsdienste. Wenn Notfallrettung und Krankentransporte immer  
170 mehr dem freien Wettbewerb ausgesetzt werden, leiden darunter Qualität und Sicherheit.  
171 Die Menschen müssen sich aber auch abseits der großen Städte darauf verlassen können,  
172 dass ihnen im Notfall schnell geholfen wird und sie vor Straftaten geschützt werden.

173 Deshalb werden wir:

- 174           • die freiwilligen Ortsfeuerwehren als Basis der ehrenamtlichen Arbeit stärken.  
175           • eine Polizeireform umsetzen, die den Namen verdient, und die sich an den Kriterien  
176 der Fläche, Bevölkerung und Kriminalitätsbelastung orientiert.  
177           • mehr gemeindeübergreifende Zusammenarbeit bei der Organisation von  
178 Rettungsdiensten und Brandschutz fördern.

179  
180 **8. Selbstbestimmt und engagiert: Demokratie – Bürger/innen-Beteiligung – Ehrenamt**

181 Gerade in kleineren Gemeinden sind die Bürgermeister/innen erster Ansprechpartner für die  
182 Bürgerinnen und Bürger. Wenn Gemeinden jedoch fusionieren und dadurch die Kommunen  
183 immer größer und kleinteiliger werden, können die Bürgermeister/innen diese Aufgabe  
184 meist nicht mehr wahrnehmen.

185 Deshalb werden wir:

- 186           • Ehrenamtliche als Ansprechpartner/innen in den Ortsteilen gewinnen, wo es keine  
187 Ortschaftsräte gibt, die die Lücke zwischen den Ortschaftsräten und den  
188 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern schließen. Damit die ehrenamtlichen  
189 Ansprechpartner/innen ihre Funktion verantwortungsvoll wahrnehmen können,  
190 braucht es Schulungen, Aufwandsentschädigungen und Unterstützung bezüglich  
191 anfallender Fahrt- und Telefonkosten. Als Vorbild können die  
192 Quartiersmanager/innen **dienen, die im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“**  
193 bereits im Einsatz sind. Dem Freistaat und den kommunalen Spitzenverbänden  
194 kommt dabei eine besondere Rolle zu.  
195           • Vereine und bürgerschaftliches Engagement stärken und die Sportförderung  
196 ausbauen.  
197           • keine weiteren zwangsweisen Gemeindezusammenschlüsse durchsetzen. Dort, wo  
198 Kommunen sich freiwillig zusammenschließen oder kooperieren wollen, erhalten sie  
199 von uns Unterstützung.

200